



Niederschrift

über die Sitzung

des Beirates für Migration und Integration der Stadt Mainz

am 24.08.2017

Anwesend

- Vorsitz

Taner, Süleyman

- Verwaltung

Wittmer, Carlos
Henkel, Petra
Bördner, Oliver

- Schriftführung

Natalie Stickl

- Mitglieder

Abulov, Aqil
Bal, Saliha - anwesend bis 19:10 Uhr -
Eken, Derya
Genc, Sevim
Giacomucci, Angelo
Nemazi-Lofink, Peimaneh - anwesend ab 18:20 Uhr -
Rizvanov, Sarvan
Sancaktaroglu, Okan
Sari, Ebru Fetiye - anwesend ab 18:51 Uhr -
Tasci, Ömer
Canpolat, Nurhayat
Epik, Ferhat - anwesend ab 18:20 Uhr-
Jahnke, Natia - anwesend bis 19:14 Uhr -
Kurul, Hasan
Lauzi, Myriam
Orellana Mardones, Tupac Simon - anwesend ab 18:19 Uhr -
Trautwein, Karin

- sonstige Teilnehmer

Dittmann, Eva

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Bayram, Nihal
Demiröz, Ahmet
Özsoy-Arslan, Sultan
Sari, Emre Sitki
Stipp, Isabel

Yikmis, Sevim
Yildrim, Zeki
Reichel, Wolfgang
Schykowski, Alessandro
Seker, Ebru
Semerci, Burak

- beratende Mitglieder

Boos-Waidosch, Marita

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Kommunales Integrationskonzept für (Neu-)Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz
2. Schutzkonzept der Stadt Mainz für Flüchtlinge mit LSBTTI - Hintergrund
3. Anfragen/ Anträge
4. Einwohnerfragestunde
5. Sammlung der Fragen der Beiratsmitglieder für die Podiumsdiskussion "Migration und Diversität" IKW 14.9.2017
6. Verschiedenes

Der Vorsitzende eröffnet um 18:10 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Die Beschlussfähigkeit ist zu Beginn nicht gegeben. Herr Taner stellt um 18:50 Uhr fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist, da zwischenzeitlich noch 4 Mitglieder eingetroffen sind.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Der Vorsitzende begrüßt das neue Mitglied des Beirats für Migration und Integration, Myriam Lauzi (SPD) und freut sich auf die konstruktive Zusammenarbeit.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 Kommunales Integrationskonzept für (Neu-)Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz Vorlage: 0759/2017

Frau Dittmann (Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH) stellt das kommunale Integrationskonzept für (Neu-)Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz vor. Die Ausgangssituation für das Integrationskonzept war die hohe Zahl an Geflüchteten der letzten Jahre, von denen viele über eine gute Bleibeperspektive verfügen. Insbesondere die Integration der Neuzugewanderten nach ihrem Ankommen stellt eine langfristige Herausforderung für die Kommunen dar, der die Stadt Mainz mit den Handlungsvorschlägen des Integrationskonzeptes begegnen will.

Zur Erstellung des Integrationskonzeptes wurde zunächst eine Bestandsaufnahme der bei der Stadt Mainz bestehenden Strukturen erstellt. Danach erfolgte die Erarbeitung der Handlungsfelder in Workshops unter Beteiligung interner und externer Akteure. Zuletzt wurden die Ergebnisse zu konkreten Handlungsempfehlungen zusammengeführt.

Als zentrale Handlungsfelder für eine gelungene Integration wurden Wohnen, Bildung, Ausbildung/berufliche Integration und zivilgesellschaftliches Engagement identifiziert.

Um für die zukünftigen Herausforderungen der Integration gewappnet zu sein, ist eine konkrete Handlungsempfehlung des Integrationskonzeptes, die strategischen Infrastrukturplanung sowie zur Abstimmung der Fachbereiche zentral zu koordinieren. Die Koordination sollte dazu auch die regelmäßige und systematische Überprüfung der Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Integrationskonzeptes obliegen. Insgesamt bestehen bei der Stadt Mainz bereits sehr gut ausgebildete Strukturen, auf die zurückgegriffen werden kann und deren Handeln strategisch aufeinander abgestimmt werden sollte.

Herr Orellana fragt nach, wie das Integrationskonzept zugleich für Neuzugewanderte und bereits länger in Mainz beheimatete Zugewanderte wirken kann.

Herr Bördner antwortet darauf, dass das Hauptaugenmerk bei Erstellung des Konzeptes zwar auf den Neuzugewanderten lag, die daraus resultierenden Maßnahmen aber ebenfalls den Menschen dienen werden, die schon länger hier sind, aber noch Schwierigkeiten mit dem Zugang zu öffentlichen Einrichtungen wie z.B. KiTas oder dem Arbeitsmarkt haben.

Frau Canpolat fragt, wo die Umsetzung des Integrationskonzeptes organisatorisch angesiedelt werden soll und welcher Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen ist.

Herr Bördner antwortete darauf, dass das vorliegende Integrationskonzept ein Wegweiser ist, zu dessen Umsetzung das Zusammenspiel unterschiedlicher zuständiger Fachbereiche notwendig sein wird. Er weist darauf hin, dass ein Großteil der beschriebenen Maßnahmen den Zuständigkeitsbereich der Sozialverwaltung betrifft, sodass diese in die Umsetzung stark involviert sein werden. In einer späteren Beschlussvorlage wird dem Beirat für Migration und Integration sowie den anderen städtischen Gremien eine Synopse der Maßnahmen mit zeitlichem Ablauf, Verantwortlichen und einem Monitoringsystem vorgestellt werden.

Frau Lauzi fragt, wie das Integrationsmanagement gestaltet werden soll. Wünschenswert fände sie die Stärkung der Zusammenarbeit der strikt nach Zuständigkeiten arbeitenden Fachbereiche.

Frau Henkel antwortet darauf, dass keine organisatorische Zusammenführung von Fachbereichen vorgesehen ist, aber die fachübergreifende Kooperation durch Maßnahmen aus dem Integrationskonzept gestärkt und ausgebaut werden soll.

Herr Orellana schlägt darüber hinaus vor, dass der Beirat für Migration und Integration seine Einflussmöglichkeiten nutzen und regelmäßig bei der Verwaltung den Fortschritt der Maßnahmen abfragen soll. Herr Bördner führt aus, dass im Anschluss an das Integrationskonzept nun konkrete und messbare Ziele definiert werden, die ebenso wie Maßnahmen, Zeiträume und Verantwortliche in der folgenden Beschlussvorlage festgehalten werden.

Herr Kurul fragt, ob es für die Umsetzung des Integrationskonzeptes ein Budget gibt und wenn ja, wie hoch es ist.

Herr Bördner antwortet darauf, dass ein Großteil der Maßnahmen in der Sozialverwaltung umzusetzen sein wird, deren Regelstruktur bereits im städtischen Haushalt abgebildet ist. Für konkrete Maßnahmen werden Mittel beantragt.

Fr. Canpolat merkt an, dass die Fokussierung auf Neuzugewanderte nicht zum Nachteil für andere Migrantengruppen werden darf. Sie weist beispielsweise auf die Generation der Gastarbeiter hin, die nun im Rentenalter ist und schlägt vor, sich mit diesem Thema in einer der nächsten Sitzungen zu befassen. Herr Taner sagt zu, das Thema für eine der nächsten Sitzungen aufzunehmen.

Der Beirat für Migration und Integration der Stadt Mainz beschließt das kommunale Integrationskonzept für (Neu-)Zugewanderte mit 14 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Punkt 2 Schutzkonzept der Stadt Mainz für Flüchtlinge mit LSBTTI - Hintergrund **Vorlage: 0872/2017**

Herr Bördner stellt das Schutzkonzept der Stadt Mainz für Flüchtlinge mit LSBTTI-Hintergrund vor. Lesbische, schwule, bisexuelle und transsexuelle Geflüchtete sind eine vulnerable Gruppe unter den Flüchtlingen und sollten speziell vor Übergriffen in Unterkünften geschützt werden, wie es sie in der Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit gab. Um dem vorzubeugen, macht die Stadt Mainz Vorschläge, wie die Gruppe der LSBTTI-Flüchtlinge geschützt werden kann. So ist beispielsweise ein abschließbarer Bereich in einer Gemeinschaftsunterkunft denkbar oder die Unterbringung in einer eigenen Wohnung oder Wohngemeinschaft. Zur gezielten Information der LSBTTI-Flüchtlinge wurde ein Flyer in mehreren Sprachen erstellt und über die Sozialarbeiter an Betroffene bei Bedarf ausgegeben. Auch ist es der Stadt Mainz ein Anliegen, die Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften für LSBTTI-Themen zu

sensibilisieren und die Werte und Normen der deutschen Gesellschaft im Allgemeinen näher zu bringen.

Herr Kurul befürchtet, dass durch die Konzentration auf Geflüchtete und LSBTTI-Gruppen insbesondere die Allgemeinheit und deren Probleme zur Seite gestellt und nicht mit genügend Aufmerksamkeit bedacht werden.

Herr Bördner erwidert, dass keine Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, sondern dass es hier um existenzielle Probleme für bestimmte Menschen geht, die zum Teil mit dem Leben bedroht sind. Weiter Schutzkonzepte wie zum Beispiel für allein geflüchtete Frauen und Minderjährige werden folgen.

Der Beirat beschließt einstimmig mit 16 Ja-Stimmen das Schutzkonzept der Stadt Mainz für Flüchtlinge mit LSBTTI-Hintergrund.

Punkt 3 Anfragen/ Anträge

Es werden keine Anfragen oder Anträge gestellt.

Punkt 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Punkt 5 Sammlung der Fragen der Beiratsmitglieder für die Podiumsdiskussion "Migration und Diversität" IKW 14.9.2017

Herr Epik schlägt folgende Frage vor:

„Wie stehen Sie zur doppelten Staatsbürgerschaft?“ Diese Frage wird aufgenommen.

Herr Tasci schlägt vor zu fragen, wie Mitbürgern mit Migrationshintergrund geholfen werden könne schneller Wohnungen von der Wohnbau zu erhalten.

Herr Taner teilt mit die Mainzer Bundestagskandidaten seien für diese Frage nicht die richtigen Adressaten und schlägt vor, diese Frage eher einem Vertreter der Wohnbau zu stellen, der in einer der nächsten Sitzungen des Beirats für Migration und Integration eingeladen werden soll.

Weitere Fragen für die Podiumsdiskussion sollen vom Vorsitzenden und dem Büro für Migration und Integration erarbeitet werden.

Punkt 6 Verschiedenes

Das Büro für Migration und Integration bittet die Mitglieder um Mithilfe an ihrem Stand auf dem Interkulturellen Fest am 10.9.2017. Freiwillig melden sich Ömer Tasci, Sarvan Rizvanov und Nurhayat Canpolat.

Die Geschäftsstelle des Beirats hat ein Schreiben der AGARP (dem Dachverband der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz) erreicht, in dem darum gebeten wird, die Mitgliedschaft des Mainzer Beirats sowie die am 25.11.15 gewählten Delegierten zu bestätigen. Diese waren Süleyman Taner, Derya Eken und Burak Semerci.

Der Beirat für Migration und Integration bestätigt die Mitgliedschaft bei der AGARP sowie oben genannte Delegierte mit 15 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Herr Orellana fragt in Namen des Vereins Linke Hilfe e. V. nach, warum dieser nach langjähriger Teilnahme am Interkulturellen Fest für einen Stand dieses Jahr eine Absage erhalten hat.

Herr Wittmer antwortet, dass laut der Kriterien für die Standvergabe beim Interkulturellen Fest erkennbar parteipolitisch zuzuordnende Vereine und Organisationen nicht zulässig sind.

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

gez.

.....
Süleyman Taner, Vorsitz

gez.

.....
Natalie Stickl, Schriftführung